

Ressort: Gesundheit

Gesundheitspolitiker erwägen Impfpflicht gegen Masern

Berlin, 13.07.2013, 18:33 Uhr

GDN - Gesundheitspolitiker im Bundestag erwägen, für Kinder eine Impfpflicht gegen Masern einzuführen. "Grundsätzlich sollten nur Kinder, die geimpft sind, Kitas, Kindergärten oder Schulen besuchen dürfen, denn sonst gefährden sie andere Kinder, die aus medizinischen Gründen nicht geimpft werden können", sagte der gesundheitspolitische Sprecher der Unionsfraktion Jens Spahn der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung (F.A.S.).

Masern seien nicht harmlos, sondern hochansteckend und gefährlich. Auch die SPD-Gesundheitspolitikerin Bärbel Bas nannte eine solche Impfpflicht sinnvoll: "In meinen Wahlkreis wandern viele nicht geimpfte bulgarische oder rumänische Kinder ein, das kann ein Problem darstellen, da Aufklärungskampagnen dann nicht effektiv sind." Sollte die Ansteckungsquote hoch bleiben, müsse über eine gesetzliche Regelung nachgedacht werden. Bundesgesundheitsminister Daniel Bahr (FDP) hatte eine Impfpflicht ins Gespräch gebracht, nachdem im ersten Halbjahr 2013 mehr als 900 Masernfälle in Deutschland gemeldet wurden. Der Obmann der FDP im Gesundheitsausschuss, Jens Ackermann, widersprach. Eine Pflicht sei nicht durchsetzbar: "Sollen Eltern, die sich gegen die Impfung ihrer Kinder weigern, ins Gefängnis? Das ist Unsinn", sagte Ackermann der F.A.S. Der Vorsitzende der Ständigen Impfkommision, Jan Leidel, hält eine Impfpflicht bei Masern für kontraproduktiv. Wichtiger seien Aufklärung und Nutzung der vorhandenen Möglichkeiten, sagte er der F.A.S. Derzeit sorgt der Fall einer Waldorfschule im Rhein-Erft-Kreis für Aufsehen, an der sich 29 Schüler mit Masern angesteckt haben. Die Privatschule musste mehrere Tage schließen, nur ein Viertel der Schüler konnte zunächst einen Impfschutz nachweisen. In Deutschland sind sonst bei Einschulung 92 Prozent der Kinder zweifach gegen Masern geimpft.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-17628/gesundheitspolitiker-erwaegen-impfpflicht-gegen-masern.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

UPA United Press Agency LTD
483 Green Lanes
UK, London N13NV 4BS
contact (at) unitedpressagency.com
Official Federal Reg. No. 7442619